



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN PRÄSENTIERT STEUERSCHÄTZUNGEN VON 2012 BIS 2017 →

Auf Einladung der deutschen Bundesbank fand vom 29.10. bis zum 31.10.2012 die 141. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ in Frankfurt/Mai statt. In diesem Rahmen wurden die Ergebnisse der Steuerschätzung verkündet. Das Gremium setzt sich aus Experten des Bundesministeriums der Finanzen (federführend), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, der fünf großen Forschungsinstitute (u. a. DIW, ifo, IfW u. a.), den „fünf Wirtschaftsweisen“, den Länderfinanzministerien sowie der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenvereinigungen zusammen.

Die Steuerschätzer erwarten für 2012 einen Anstieg der Steuereinnahmen um 5,9 Mrd. Euro auf 602,4 Mrd. Euro. Noch im Mai gingen die Steuerschätzer lediglich von Einnahmen i. H. v. 596,5 Mrd. Euro aus. Diese aktuelle Berechnung ergibt sich aus der Differenz von Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden i. H. v. 7,3 Mrd. Euro abzüglich Mindereinnahmen auf Seiten der EU i. H. v. 1,4 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen teilen sich folgendermaßen auf:

- **Bund**

Einnahmen i. H. v. 256,2 Mrd. Euro (+3,9 Mrd. Euro)

- **Länder**

Einnahmen i. H. v. 236,8 Mrd. Euro erwartet (+2,6 Mrd. Euro)

- **Gemeinden**

Einnahmen i. H. v. 81,3 Mrd. Euro (+0,8 Mrd. Euro)

- **EU**

Einnahmen i. H. v. 28,1 Mrd. Euro (-1,4 Mrd. Euro)

Für die Jahre 2013 bis 2016 werden dagegen mit Ausnahme von 2014 die Werte der geschätzten Steuereinnahmen im Vergleich zum Frühjahr nach unten korrigiert. Dennoch klettern die Werte kontinuierlich auf ein Niveau i. H. v. geschätzten 685,9 Mrd. Euro im Jahr 2016 hinauf. Als Grundlage der Berechnungen dienten dem Arbeitskreis „Steuerschätzung“ die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

EDITORIAL

Liebe Leser,

multinationalen Technologieunternehmen wie Google und Apple wird vorgeworfen, dass sie Milliarden verdienen, aber aufgrund legaler Gestaltungen und Schlupflöcher kaum Steuern zahlen. Das soll sich ändern. Nach den Vorstellungen von Finanzminister Schäuble und seinem britischen Kollegen Osborne sollen die Anforderungen an die Steuerstandards strenger und das Projekt der OECD zur „Aushöhlung der Besteuerungsgrundlage und Gewinnverlagerung“ unterstützt werden. Einen entsprechenden Vorschlag präsentierten die Minister ihren Amtskollegen auf dem G 20-Gipfel in Mexiko.

Das Thema steht auch im Fokus der Opposition. So haben die Grünen mit Antrag vom 07.10.2012 steuerliche Transparenz von multinationalen Unternehmen durch Offenlegungspflichten auf Länderebene (Country-by-Country Reporting) und auf Projektebene (Project-by-Project Reporting) vorgeschlagen.

Die Entwicklungen zu diesem noch im Anfangsstadium befindlichen Vorhaben sind genau im Auge zu behalten. Sie erfordern ein zielgenaues Vorgehen, da – wie auch von der OECD und den Finanzministern konstatiert – die Unternehmen nicht in ihrem Wachstum und den Investitionen behindert werden sollen.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



→ TOP-ISSUES (Fortsetzung)

DEUTSCHLAND UND GROSSBRITANNIEN DRÄNGEN AUF STRENGERE STEUERSTANDARDS FÜR INTERNATIONALE UNTERNEHMEN →

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der britische Schatzkanzler George Osborne stellten am vergangenen Montag beim Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) in Mexiko einen Vorschlag vor, wie Gewinnverlagerungen vermieden, Steuerschlupflöcher geschlossen sowie das Steueraufkommen für den Fiskus gesichert werden könne. Bereits vergangene Woche waren die beiden Minister bei einem Treffen in Berlin übereingekommen, zur "konzertierten internationalen Zusammenarbeit zur Stärkung internationaler Standards für Unternehmenssteuersysteme" aufzurufen. In der nunmehr veröffentlichten Erklärung heißt es, Deutschland und Großbritannien setzten sich für wettbewerbsfähige Steuersysteme ein, die die Länder für global agierende Unternehmen attraktiv machten, denn diese seien eine wichtige Quelle von Wachstum, Investitionen, Beschäftigung und Steueraufkommen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

ÄNDERUNG DER ESTÄR 2012 VON DER BUNDESREGIERUNG BESCHLOSSEN →

Wie bereits berichtet (vgl. Tax Infoletter Weekly Nr. 33 vom 27.08.2012), hat das Bundesministerium der Finanzen im Mai diesen Jahres bekannt gegeben, dass es beabsichtige, die Herstellungskostenuntergrenze in den neuen Einkommensteuer-Richtlinien anzuheben (R 6.3 Abs. 2 und 3 EStR-E 2012). Nun hat die Bundesregierung diese Änderung am 31.10.2012 beschlossen. Die so geänderten Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien 2012 (ESTÄR 2012) treten nach Veröffentlichung im Bundessteuerblatt in Kraft, sobald der Bundesrat – voraussichtlich am 14.12.2012 – seine Zustimmung erteilt hat. Demnach müssen Kosten der allgemeinen Verwaltung nunmehr als Herstellungskosten aktiviert werden. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 4**.

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren, über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. www.fintax-pa.de

CONTENT

→ TOP-ISSUES SEITE 1

Bundesministerium der Finanzen präsentiert Steuerschätzungen von 2012 bis 2017

Deutschland und Großbritannien drängen auf strengere Steuerstandards für internationale Unternehmen

Änderung der ESTÄR 2012 von der Bundesregierung beschlossen

→ OUTGOING (05.11.–12.11.12) SEITE 5

Kabinettsbeschluss zum Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2014

Gesetzesinitiative zum Gesetz zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

...sowie weitere Ereignisse

→ STATUS (12.11.12) SEITE 7

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Verordnung zum Erlass und zur Änderung steuerlicher Verordnungen

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Gesetz zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Jahressteuergesetz 2013

Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Gesetz zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING (12.11.-19.11.12) SEITE 17

BUNDESTAG: Keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 19-23.11.2012

BUNDESRAT: Keine Sitzung, nächste Sitzung 23.11.2012

STAKEHOLDER: Berliner Steuergespräche zur Erbschaftsteuer u.a.



→ BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.berlinerinformationsdienst.de

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, sbj@polisphere.eu, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@polisphere.eu, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@polisphere.eu, -27

für Netzpolitik:
Falk Lüke, fl@polisphere.eu, -20

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@polisphere.eu, -20

IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu